

### Verhandlungen der Preisprüfungsstelle.

Am 30. September fanden Sitzungen der Unterausschüsse der Preisprüfungsstelle für Milch und Eier, Fleisch und Fleischwaren und für Feuerungsmaterialien statt, über die folgendes mitzuteilen ist:

In der Sitzung des

#### Milch-Unterausschusses

machte Herr Senator Strandes Mitteilung über die mit der preussischen Regierung geführten Verhandlungen wegen der Festsetzung einheitlicher Produzentenhöchstpreise für Milch. Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen. Es steht aber begründete Hoffnung, daß die preussische Regierung der Notwendigkeit nicht verschließen wird, die Produzentenpreise für Milch auch in bezug auf das hamburgische Versorgungsgebiet in ähnlicher Weise zu binden, wie es für Groß-Berlin und den Städtekomplex Frankfurt a. M., Höchst und Wiesbaden schon vor längerer Zeit geschehen ist. Aus den Berichten der Milchversorgungsstelle ergab sich die bedauerliche Tatsache, daß in großem Umfange von den Milchzeugern Preise gefordert werden, die erheblich über die Normalpreise der Vereine der Milchproduzenten hinausgehen. Sehr eingehend wurde über die Schritte beraten, die erforderlich sind, um bei der zurückgehenden Milchzufuhr die Versorgung von Kindern und Kranken mit Vollmilch sicherzustellen. Weitere Maßnahmen sind in Erwägung gezogen worden; insbesondere die Errichtung einzelner Verkaufsstellen für Vorzugsmilch in Stadtteilen mit knapper Milchzufuhr. Vor weiterem soll das Ergebnis der am 5. Oktober stattfindenden Ermittlung der Milchzufuhr abgewartet werden. Bis dahin wird sich auch übersehen lassen, welche Wirkungen das Eingreifen der Reichsstelle für Speisefette gehabt hat, über das wir kürzlich berichteten. Bekanntlich hat die Reichsstelle für Speisefette durch eine an sämtliche preussische Regierungspräsidenten gerichtete Depesche vom 21. Juli um vorherige Einholung ihrer Zustimmung ersucht, wenn über die Grenzen des Bundesstaats hinaus geliefert wird.

Die hamburgischen Bestrebungen sind darauf gerichtet,

#### eine Uebergangsfrist

zu erhalten, um innerhalb dieser die erforderlichen organisatorischen Vorkehrungen zur gleichmäßigen Belieferung sämtlicher Stadtteile mit Vorzugsmilch für Kinder und Kranke treffen zu können. Aus einer in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 29. September abgedruckten Notiz des Nachrichtenamts des Magistrats Berlin ergibt sich, daß auch von Groß-Berlin aus die Unterstützung des Kriegs-ernährungsamts nachgesucht worden ist. Es ist dort ausgesprochen, daß eine organisatorische Milchversorgung der großstädtischen Bevölkerung nicht möglich ist, wenn nicht die Möglichkeit gegeben ist, je nach den städtischen Bedürfnissen die Milchhändler zu bestimmen, für die der Landwirt zu liefern hat. Dies ist genau der Standpunkt der hamburgischen Milchversorgungsstelle gewesen, und es ist zu hoffen, daß dank dem Eingreifen der Reichsstelle für Speisefette in Zukunft eine Anordnung ergeht, durch die für das gesamte hamburgische Versorgungsgebiet bestimmt wird, welche Produzenten Vollmilch nach Hamburg zu liefern haben, und in welcher Menge dies zu geschehen hat, um die Versorgung von Kindern und Kranken nach Maßgabe der von Reichs wegen aufgestellten Grundsätze zu sichern.